

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

18.9.1924 (No. 218)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Verantwortlich:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. u. n. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzeldummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweise Verrechnung und Kontostunden füllt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

* England und die Sanktionen des Völkerbundes

Die englische Regierung war in Übereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ihres Landes ursprünglich Gegnerin aller Bestrebungen, die britische Militärmacht, also vor allem die Flotte auf dem Wasser und in der Luft, dem Völkerbund bei etwaigen Sanktionsmaßnahmen gegen kriegslustige Mitglieder zur Verfügung zu stellen. Zur allgemeinen Überraschung hat dann aber Lord Parmoor, der Führer der britischen Delegation in Genf, die Erklärung abgegeben, daß England, wenn Frankreich seinerseits in ganz bestimmten Punkten entgegenkomme, bereit sein würde, seine See- und Luftmacht in den Dienst des Völkerbundes zu stellen. Diese Erklärung verblüffte um so mehr, als man wußte, daß Macdonald überhaupt die Möglichkeit militärischer Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sehen wollte.

Zweifellos ist die britische Delegation von London aus dahin instruiert worden, der Forderung nach militärischen Zwangsmaßnahmen zuzustimmen, wenn sich Frankreich nur auf diesem Wege zu Zugeständnissen seinerseits bewegen lasse. Macdonald mußte dabei natürlich damit rechnen, daß die öffentliche Meinung seines Landes auf die Erklärung Parmoors nicht gerade freundlich reagieren würde. Und das ist denn auch geschehen. Man befürchtet in England, daß das britische Reich in kriegerische Unternehmungen hineingezogen und die englische Flotte zu Sanktionsmaßnahmen verwendet werden könnte, die England in Konflikt mit solchen Mächten, die dem Völkerbund noch gar nicht angehören, bringen könnten. In erster Linie wird dabei an Amerika gedacht. Es ist also immerhin fraglich, ob die britische Regierung es riskieren wird, trotz dieser Abneigung der öffentlichen Meinung, bei der Zustimmung Lord Parmoors zu beharren. Würde Frankreich jene Zustimmung mit erheblichen Zugeständnissen beantworten — und das wird ziemlich allgemein erhofft —, so könnte Macdonald eine solche Tatsache als Argument für seine Politik verwerten, und dies sicherlich nicht ohne Erfolg.

Nun wird allerdings, soweit wir sehen, die ganze Frage der Sanktionen und im Zusammenhang damit auch die Frage des Garantiepakts, von dem überwiegenden Teil der in- und ausländischen Presse in einem Sinne besprochen, der, weil er einseitig und tendenziös ist, der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Man geht nämlich bei allen Erörterungen von der Annahme aus, daß ein allgemeiner Garantiepaß und etwaige Sanktionen sich praktisch wohl nur gegen Deutschland richten könnten. In Wahrheit liegen die Dinge aber doch so, daß praktisch Deutschland als Störenfried kriegerischer Art gar nicht in Betracht kommen kann, daß vielmehr Frankreich es ist, welchem, wenn ein Poincaré seine Geschichte wieder leitet, viel eher eine Politik der Unruhe und der Kriegslust zuzutrauen ist. Also ist von vornherein keineswegs gesagt, daß sich ein allgemeiner Garantiepaß (der übrigens eigentlich überflüssig ist, da die Völkerbundstatuten in dieser Hinsicht völlig ausreichen) praktisch gegen Deutschland richten müßte.

Trotzdem sind beinahe alle Auslassungen der Presse auf die Voraussetzung gestimmt, daß Garantiepaß und Sanktionen Machtmittel sein würden, die den Völkerbund in den Dienst der französischen Politik stellen. Und wenn auch Frankreich selbst in der Angelegenheit des allgemeinen Garantiepakts lieber bei seiner Politik der Sondergarantiepakts bleiben möchte, so ist es doch in der Frage der militärischen Sanktionen so energisch für diese eingetreten, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn ein Teil der Presse faktisch glaubt, diese Sanktionen müßten unter allen Umständen etwas für Frankreich sehr Angenehmes sein.

Es ist ganz offenbar die Angst und teilweise wohl auch noch das schlechte Gewissen, die Frankreich zu dieser eigentümlich etwas merkwürdigen Stellungnahme bewegen. Man ist in Frankreich eben wie hypnotisiert von der Überzeugung, daß ja Deutschland über kurz oder lang doch seinen Revanchekrieg beginnen werde. Den deutschen Politikern, die an den maßgebenden Einfluß diese Gefühls der Angst auf die französische Politik noch immer nicht glauben wollen, beweist gerade die Haltung Frankreichs in der Frage der Sanktionen, daß diese Angst in der Tat ein bedeutender Faktor der gesamten französischen Politik ist. Denn sonst wäre das Verhalten Frankreichs geradezu widerförmig. Alle neuen Abmachungen über wirtschaftliche und militärische Sanktionen können doch ebensogut

gegen Frankreich ihre Anwendung finden. Wie sie gegen Deutschland praktisch angewendet werden sollen, können wir uns jedenfalls nicht vorstellen.

Aus alledem folgert, daß wir in Deutschland grundsätzlich eine jede Abmachung in Genf begrüßen können, die für alle gleichmäßig gilt. Deutschland hat nicht die Absicht, den Frieden zu stören und kriegerische Abenteuer heraufzubeschwören. Das schließt nicht aus, daß gewisse territoriale Unsinntigkeiten des Friedensvertrags von Versailles mit der Zeit auf dem Wege friedlicher Vereinbarungen wieder ausgemerzt werden müssen. Aber Krieg können wir deswegen nicht führen. Der mutmaßliche Störenfried kann von den Großmächten immer nur Frankreich sein. Und wenn es dem Völkerbund gelingen sollte, diesen Störenfried wirklich ernstlich an die Kette zu legen, so könnten wir uns darüber nur freuen.

Die Ausführung des Londoner Abkommens

Ernennungen durch die Repts

Brüssel, 17. Sept. In der gestrigen Sitzung der Reparationskommission sind zu Mitgliedern des Verwaltungsrats der Bank für die deutschen Industrieobligationen ernannt worden der französische Staatsangehörige de Peyster und der belgische Staatsangehörige Frerichs, die beide bis jetzt dem Finanzdienst der Repts angehört, sowie der englische Staatsangehörige Dudley Ward.

Der Agent für die Reparationszahlungen Owen D. Young, der Kommissar für die zu Reparationszwecken vorbehaltenen Einnahmen Max Fodysan, der Treuhänder für die Eisenbahnobligationen Delacroix und der Treuhänder für die Industrieobligationen Regara haben heute, wie der „Temps“ berichtet, mit dem noch nicht offiziell ernannten Kommissar für die Reichseisenbahngesellschaft Berberet (Frankreich) eine neue Konferenz abgehalten. Sie haben sich mit Organisationsfragen beschäftigt und den Belgier Denis, der bis jetzt im Generalkommissariat der Reparationskommission beschäftigt war, zum Generalsekretär bei dem Agenten für die Reparationszahlungen Owen D. Young ernannt. Denis reißt heute nach Berlin ab.

Aufhebung der Zollgrenze

Brüssel, 18. Sept. Nach einer Habasmeldung aus Düsseldorf hat der Kommandierende General einen Erlaß veröffentlicht, in dem es heißt: In Ausführung des Art. 4 des Anhangs 3 des Londoner Protokolls ist vom 21. Sept. Witternacht ab die Zolllinie an der Ohrengrenze des besetzten Gebietes aufgehoben. Von diesem Tage und von dieser Stunde ab wird die im nichtbesetzten Deutschland in Kraft befindliche Befehls- und Tarifierung für die Abgaben aller Art, die durch die interalliierten Dienststellen im besetzten Gebiet erhoben werden, sowie für das Regime des Außenhandels in diesem Gebiet in Kraft treten.

Düsseldorf, 15. Sept. Der von französischen Presseblättern in Düsseldorf herausgegebene „Nachrichtendienst“ hat mit seiner Nr. 479 vom 8. September sein Erscheinen eingestellt.

Räumungen bei Darmstadt

Darmstadt, 18. Sept. Die Franzosen haben seit gestern die Sperren, Drahtverhänge und Posten sowohl am Übergang Griseheim, wie auch an der Lokomotivwerkstätte bezw. dem Werkstätteamt II zurückgezogen. Die Posten sind jetzt wieder hinter dem Bahndamm aufgestellt, wo sie vorher aufgestellt waren. Die Lokomotivwerkstätte ist vorläufig noch besetzt. Jedoch schweben Verhandlungen über deren Räumung.

Essen, 17. Sept. Wie wir erfahren, rücken die französischen Besatzungstruppen aus Newiges und Grutten ab. Zollbeamte und Gendarmerie verlassen Langenberg. Die militärische Räumung Langenbergs ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Weitere Amnestieerlasse

Paris, 17. Sept. Nach einer Habasmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission heute wiederum Amnestieerlasse beschlossen und die Einstellung von gerichtlichen Verfahren angeordnet.

Zweibrücken, 17. Sept. Aus der Abteilung des hiesigen Gefängnisses, in dem sich die politischen Gefangenen aus dem Ruhrgebiet befinden, sind heute 25 Männer entlassen worden, darunter der Landwirtschaftslehrer der Anilinfabrik, Garges, der betamlich zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war, und der Polizeikommissar Gottfried, ebenfalls aus Ludwigshafen, der 20 Jahre Zwangsarbeit substituiert erhalten hatte. In der pfälzischen Abteilung der Anstalt befinden sich noch 17 politische Gefangene, die der Amnestie noch nicht teilhaftig geworden sind.

Nachen, 7. Sept. Gestern Abend trafen die wegen des Sabotageaktes bei Hochfeld seinerzeit zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten sechs deutschen Gefangenen Graf, Keller, Schulte, Weidenberg und Erdere, von Rippen kommend auf dem hiesigen Bahnhof ein. Bei dem gleichen Transport befinden sich auch

die zu langen Zuchthausstrafen verurteilten Menzel aus Stolberg und Reubaus aus Nachen. Sie wurden hier sämtlich in Freiheit gesetzt.

Die Reichsbank

Berlin, 17. Sept. Die Reichsbank beruft eine Generalversammlung ihrer Anteilnehmer ein zur Beschlußfassung über die aus dem neuen Bankgesetz sich ergebende Neuordnung. Die Einberufung erfolgt aus dem Bestreben, der Reichsregierung, die im Londoner Protokoll vorgesehenen provisorischen Fristen nach Möglichkeit ihrerseits eingehalten, während andererseits die Reichsbank an die sachgemäßen Einladungsfristen gebunden ist. Sollten die Verhandlungen über die 800 Millionen RM-Anleihe bis 4. Oktober nicht zum Abschluß gelangen, so werde eine Vertagung der Generalversammlung eintreten.

Dawesplan und interalliierte Schulden

London, 17. Sept. Die „Morning Post“ meldet aus Washington, daß Sekretär Mellon sei gegen jede Erörterung einer Regelung der französischen Schuld, bevor der Dawesplan in Wirksamkeit gesetzt sei und glatt arbeite. Er hält außerdem nicht die im Berley-Plan vorgesehene Herabsetzung der Zinsen auf 4% und die Anlage in französischen Wertpapieren, weil er glaube, daß die englische Regierung eine gleichartige Regelung für ihre Schulden beantragen könne. — Die Meldung, daß Staatssekretär Hughes dem französischen Schatzamt bei seiner Anwesenheit in Paris erklärt habe, daß er für die Herabsetzung der Zinsen auf 4% sei, wird dementiert.

Politische Neuigkeiten

Deutschland und der Völkerbund

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ veröffentlicht eine neue Erklärung Lord Parmoors, wonach Lord Parmoor am 10. August in seinem Landhause mit den deutschen Delegierten, dem Vizepräsidenten Schamer und Herrn Murray eine private Aussprache über den Völkerbund und die Bedingungen für Deutschlands Eintritt gehabt habe. Gegenüber dieser Darlegung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ stellen wir fest, daß unsere Veröffentlichung vom Dienstag auf Grund der einmütigen Erklärungen des Reichslandtags, des Reichsaußenministers und des Reichsfinanzministers abgegeben worden ist. Keinem der Herren, die am 10. August bei Lord Parmoor waren, ist von dieser Unterhaltung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund etwas bekannt. Im Gegenteil haben die deutschen Delegierten bereits am Abend des 11. August in London in einer Aussprache ihrem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß diese Frage von Parmoor nicht berührt worden ist. In einer Depesche, die am Abend des 11. August an das kaisertreue Amt über die Londoner Verhandlungen abgegeben ist, ist daraufhin besonders betont worden, daß die Frage des Völkerbundes bei der Zusammenkunft mit Lord Parmoor nicht erwähnt worden ist.

Freimaurer und Schuldlüge

Der Verein Deutscher Freimaurer hat in seiner 55. Hauptversammlung zu Stuttgart eine Entschließung angenommen, in der es u. a. zur Kriegsschuldlüge heißt: „Die 55. Jahresversammlung des Vereins Deutscher Freimaurer begrüßt die in den letzten Jahren wachsende Einsicht in die geschichtlichen Vorgänge und die damit Hand in Hand gehende Förderung der Wahrheit über die Kriegsschuld als einen Anfang zur wirklichen Befriedigung der Menschheit, als Beginn einer Überwindung jenes unerträglichen Zustandes, den der Art. 231 des Versailler Vertrages geschaffen hat, indem er ohne Prüfung und Untersuchung die Gesellschaft der Nationen in Gerichte und Verbrecher eingeteilt hat. Die Jahresversammlung ruft alle Freimaurer Deutschlands und der Welt auf, unablässig um den Sieg der Wahrheit zu ringen. Die erfüllt damit lediglich die ethische Pflicht, der sich kein Freimaurer, gleichwohl welchen Systems und welcher Nationalität, entziehen sollte, sich in den Dienst des Kampfes um das Licht der Wahrheit und um Gerechtigkeit zu stellen, und das deutsche Volk von einem Fluch zu befreien, in dem die Wurzel der Vergiftung und Verfeindung der Nationen liegt und der fortwährend Böses gebären muß. Keine Macht physischer oder geistiger Art — auch der Völkerbund nicht — vermag den Gedanken der Befreiung Europas der Verwirklichung näherzubringen, bevor nicht die Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkrieg entlarvt ist, bevor Deutschland nicht als moralisch gleichberechtigt sich neben die anderen Nationen stellen darf.“

Deutscher Kolonialkongress

In Berlin wurde am Mittwoch der erste deutsche Kolonialkongress nach dem Kriege unter dem Ehrenpräsidium des früheren Gouverneurs von Togo, des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg, eröffnet. Alle führenden Persönlichkeiten der früheren deutschen Kolonialverwaltung waren erschienen. Nach der Eröffnung durch den Ehrenpräsidenten begrüßte der Rektor der Universität, Prof. Wöhe die Versammlung. Nach ihm ergriff der Präsident des Kongresses, Selz, das Wort und führte aus, daß ohne Kolonien Deutschland seine nationale Selbständigkeit nicht wiedererlangen könne, da es sonst nicht instande sei, seine Bevölkerung zu ernähren. Dann sprach der frühere Gouverneur Schnee über die Mandatspolitik, die vollkommen verfehlt sei. Diese Ansicht wurde von evangelischen und katholischen Missionsvereinen

Mit einer Beilage: 42. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

treten sowie von dem früheren Referenten der Kolonialverwaltung, Prof. Stendel, bestätigt. Insbesondere sei die ärztliche Versorgung der früheren deutschen Kolonien viel schlechter als vor dem Kriege.

In der Abteilung 1 für koloniale Politik sprach Ministerialdirektor z. D. Meyer-Gerhard-Berlin über das Thema: „Südafrikanische Politik“ unter Bezugnahme auf Deutsch-Südwestafrika, wobei er zu dem Schluß kam, die Deutschen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika würden weise handeln, wenn sie die Südafrika als Mandatsland zugeständene Selbstverwaltung annehmen und einer Zwangsvereinbarung in die südafrikanische Union nicht widerstreben würden. Der Ausbau der Selbstverwaltung sei weitgehend zu fördern, die Vertretung von Südafrika in Parlament und Regierung anzunehmen und die Stärkung der deutschen Wirtschaft dort durch deutsches Kapital dringend zu wünschen.

In einem Referat über Südpazifik betonte der frühere Gouverneur von Samoa, Dr. Schulz-Ewert, in der Südpazifik habe die deutsche koloniale Tätigkeit die absolute Notwendigkeit der kolonialen Schulden mit ganz besonderem Nachdruck dargestellt. In der Mitteilung für Kolonialwirtschaft betonte der Vorsitzende Fuchs-Berlin, die deutschen Kolonialwirtschaftler und Pflanzler würden niemals den jedem Völkerrrecht hohnsprechenden Raub des Privatbesitzes durch die Entente anerkennen. Der Syndikus Dr. Hartmann sprach über die neue Form der Überseegesellschaften, wie sie jetzt ein der Regierung vorliegender Entwurf vorkommt. Einmütig wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Entschließung angenommen, in der für die neu zu bildenden Auslandsgesellschaften Bewegungsfreiheit gefordert wird hinsichtlich der Organisation der Kapitalbeschaffung und der Währung, worin sie bilanzieren, ferner Ermächtigung der öffentlichen Lasten und Steuern. In der Aussprache wurde die Wiederaufholung der Entschuldigungsfrage verlangt.

Pläne der Postverwaltung

Bei der Reichspostverwaltung schweben Erwägungen über die Einrichtung von Postparzellen, doch sind die Beratungen noch nicht über das erste Stadium hinausgekommen. Von den Gemeinden und den Sparkassen wird gegen die Absicht starker Widerspruch erhoben.

Die Reichspostverwaltung beschäftigt sich ferner mit der Frage, ob eine Herabsetzung der Telephon- und Telegraphengebühren zurzeit möglich ist. Eine Herabsetzung ist in der Tat angeht. Aber das Ausmaß und den Zeitpunkt läßt sich noch nicht sagen, da die Beratungen erst morgen abend zum Abschluß kommen werden.

Zu den Verhaftungen in München

Bemerkte die Korrespondenz der bayerischen Volkspartei: Die Verhaftung von Mitgliedern der Organisation Fronting lenkt das Augenmerk der Öffentlichkeit neuerdings auf die trotz der erlassenen Verbote nicht aufgegebenen Bestrebungen einzelner Parteien, illegale Kampfgruppen für politische Zwecke zu schaffen. Der Eingriff der Polizei läßt den Schluß zu, daß es sich hier um eine Organisation handelt, in der eine Fortführung der verbotenen und angeblich aufgelösten völkischen Kampfverbände zu erblicken ist. Daß von dieser Seite ein Putsch für Bayern geplant sei hält die Korrespondenz für unrichtig. Es sei jedoch Absicht geboten. Der Fronting sei keine auf Bayern beschränkte Organisation; er habe seine Verbreitung im ganzen Reich. Gestützt sich der Verdacht der bayerischen Behörden, daß es sich hier um die Fortführung einer illegalen Organisation handelt, so wird angeht der Tatsache des Vorhandenseins einer Reichsorganisation damit zu rechnen sein, daß sich außer den bayerischen Gerichten auch der Oberstaatsanwalt mit der Angelegenheit zu befassen haben dürfte.

Republikanische Studentenkompagnie

Als eine der ersten Ortsgruppen im altbekannten französischen Gebiet wurde unter starker Beteiligung von Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums am letzten Dienstag die Bonner Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gegründet. In der nächsten Zeit sind mehrere größere öffentliche Kundgebungen geplant. Wie stark in der Bevölkerung die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses aller Republikaner ohne Unterschied der Parteien erkannt wurde, geht daraus hervor, daß die Bonner Organisation in wenigen Tagen bereits mit ihrer ersten Formation am Sonntag bergischen Reichsbanner teilnimmt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold findet auch in den Kreisen der in ihrer großen Mehrheit verfassungstreuen Bonner Studentenschaft starken Anhang, so daß die Schaffung einer besonderen republikanischen Studentenkompagnie vorgezogen ist.

I. Kammermusikabend der Konzertdirektion Neufeldt

Im Eintrachtsaal, der in seiner geschmackvollen neuen Ausstattung nun endlich den langgehegten Wunsch nach einem würdigen Konzertsaal erfüllt, begann das Wendlingquartett aus Stuttgart die Reihe der von der Konzertdirektion Neufeldt angeordneten 8 Kammermusikabende mit je einem Brudner- und Brahmswerk. Die Freunde gediegener Kammermusik hatten sich schon zu diesem ersten Konzert sehr zahlreich versammelt, ein erfreuliches Zeichen für das große Interesse, das man in allen Kreisen wiederum diesen wertvollen Veranstaltungen entgegenbringt, aber auch deutlicher Hinweis darauf, daß das Publikum eben rechtzeitig über das Gesamtprogramm solcher zünftigen Konzerte unterrichtet sein will und dann auch nicht zögert, den oder die Veranstalter zu unterstützen!

Es war ein schöner Gedanke, das erste Wort Anton Brudner sprechen zu lassen, an dessen Streichquintett in F-dur sich zu erinnern die musikalische Welt gerade im Jubiläumsjahr allen Anlaß hat. Fast möchte man behaupten, daß derjenige, der nie das wunderbare Adagio dieses Werkes erlebte, Brudners tiefstes Wesen in seiner letzten Geklartheit zu erschauen außerstande ist. Unstreitig bildet es auch den innersten Kern des merkwürdigsten einzigen Kammermusikwerkes, das Brudner geschrieben hat (1879). Alle übrigen Sätze gehen in Struktur und Technik weit über den Rahmen des besonderen Kammerstils hinaus, Brudner kann nicht verleugnen, daß er in erster Linie Sinfoniker ist und auch im Streichquartett vorwiegend sinfonisch denkt. Demnach erübrigt sich heute auch stilistische Auseinandersetzungen, die schon allzulange dem Werk den Weg in die Konzertsäle erschwerten. Verwarf doch Sellenberger in Wien gleich bei der Uraufführung das Scherzo und verlangte dafür sofort von Brudner das jetzt wieder aus seinem Nachlaß bekannt gewordene Intermezzo. Das Werk bereitet den Ausführenden namentlich im Schlußsatz gewaltige Schwierigkeiten. Man muß deshalb den Herrn vom Wendlingquartett, zu denen sich am zweiten Violinpunkt Konzertmeister Hans Köhler gesellte, aufrichtig dankbar sein, daß sie sich der teilweise recht unangenehmen Aufgabe unterzogen; doch kann man auch nicht ganz verschweigen, daß der Wiedergabe leider einige Trübungen an-

Die Forderungen der Rifskabylen

London, 18. Sept. Der Berichterstatter der Times erzählt aus Tanger, das spanische Direktorium wünsche in sofortige Verhandlungen mit Abd el Kerim einzutreten, um eine Einigung herbeizuführen. Spanien sei bereit, Abd el Kerim ein weiteres Maß von wirtschaftlichen und administrativen Freiheiten außerhalb der spanischen Besetzungsgrenze zuzugestehen, verlange dafür aber die Anerkennung des Sultans von Marokko und des spanischen Protektorats.

Die Gegenforderung Abd el Kerims umfaßt die Räumung von Tetuan und der Gebietsteile, die von dem französisch-spanischen Vertrag noch besetzt waren. Dies würde bedeuten, daß die Spanier nur Genta und Mellilla mit einem geringeren Gebietstreifen des Hinterlandes, sowie die Inseln Benon de la Gomera und Alhucemas, die seit Jahrhunderten spanisch seien, behalten würden. Ferner werde die völlige Unabhängigkeit des Rif und die Anerkennung dieser Unabhängigkeit durch Spanien und die Mächte gefordert, ferner Entschädigungen und Reparationen, sowie Lösegeld für mehrere 100 spanische Gefangene und endlich das Recht, Kasai und alle Führer, die für Spanien gefochten haben, einzufangen oder zu verbannen. Als Gegenleistung soll eine konstitutionelle Regierung des Rif unter dem Sultan gebildet werden, die alle bestehenden kommerziellen und sonstigen Verträge ausführen und das Land für Handel und Industrie aller Nationen öffnen würde.

Kurze Nachrichten

Die deutsch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen. Zu Ehren der belgischen Delegation, die sich augenblicklich zu Handelsvertragsverhandlungen in Berlin aufhält, hat der Reichsminister des Innern Stresemann Dienstag abend ein Essen gegeben. Minister Stresemann erklärte, mit den Verhandlungen begimme ein wesentlicher Teil der Ausführung des Sachverständigenrats, das, von dem Grundgedanke der Gleichberechtigung ausgehend, die Basis kennzeichne, auf der allein eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung der Welt erfolgen könne.

Der deutsche Botschafter in Paris, v. Hüsch, ist in Berlin eingetroffen. Sein Aufenthalt in der Reichshauptstadt ist — wie die Mäcker hören — rein privater Natur. Er wird spätestens Ende dieser Woche wieder nach Paris zurückkehren.

Oskar v. Miller im Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft? Bayern hat der „Ind. u. Handelsztg.“ zufolge zum Verwaltungsrat der zukünftigen deutschen Eisenbahngesellschaft den Reichsrat Oskar v. Miller, Staatskommissar für die Elektrizitätsversorgung Bayerns und Schöpfer des Bayernwerkes, auszuwählen. Oskar v. Miller, der von internationaler Bedeutung als Erbauer großer Elektrizitätsunternehmen und auch im Auslande als Schöpfer und Vorhänger des Deutschen Museums bekannt ist, steht mit den Vertretern aller Kulturstaaten in ständiger Fühlung.

Um die Auslieferung des Erzberger-Mörders Schulz. Der bündner Unterstaatssekretär hat festgestellt, daß Heinrich Freyler unbedingt identisch mit Schulz ist. Auf Grund dieser Feststellung wurden die Akten sofort dem Auslieferungsenat überhandt, welcher in den nächsten Tagen zusammentritt und in der Angelegenheit des Aufsuchens der deutschen Regierung um Auslieferung des Schulz an die Offenburger Gerichtsbehörde endgültig Beschluß fassen wird.

Die Mieten in Preußen. Wie die Berliner Mäcker melden, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt die Miete für Oktober auf 60 Prozent der Friedensmiete festgesetzt. Mieter, welche Schönheitsreparaturen selbst übernehmen, zahlen nur 62 Prozent der Friedensmiete.

Die künftige Verwendung Rahrs. Zu der Meldung, daß v. Rahrs zum Nachfolger des Präsidenten der Staatschuldenverwaltung auszuwählen sei, erzählt der Landesdienst des „Süddeutschen Correspondenzbüros“, daß die Nachricht lediglich auf Kombination beruht. Die Angelegenheit sei noch nicht endgültig entschieden.

Die Meldungen über die Reservistenaustrittungen in Holland werden von amtlicher holländischer Seite als übertrieben bezeichnet.

Schweizerisch-italienische Verhandlungen. Zwischen der Schweiz und Italien sind Verhandlungen über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages im Gange. Es ist eine grundsätzliche Einigung erzielt worden, so daß die Unterzeichnung des Vertrages möglicherweise in der nächsten Zeit erfolgen kann.

hasteten, die bei eingehenderem Studium wohl zu vermeiden gewesen wären. Zum guten Glück blieb wenigstens der breit hinströmende langsame Satz von solchen Defekten ziemlich verschont.

Die von Brudner übernommene Mozartsche Verdoppelung der Bratsche — anstelle des sonst im Quintett üblichen zweiten Cellos — findet sich auch in Brahms Opus 111, einer seiner reifsten Schöpfungen. Vom schwungvoll und feurig intonierten ersten Thema an hatten darin neben Prof. Wendling namentlich der ausgezeichnete Cellist Alfred Saal und der hervorragende Bratschist Philipp Necker vielfach Gelegenheit, ihr Können zu zeigen. Wie auffallend sind doch in dem Gebirg-Quintett diese beiden Instrumente bevorzugt! Die Interpretationen waren hier ihrer Sache bedeutend sicherer, so daß vor allem das rhythmische Element prägnant zum Ausdruck kam und dem abschließenden Vivace unerkennbar ungarischen Schwung innewohnte. Das Publikum dankte mit lebhaftem Beifall.

Deutsch-griechische Gesellschaft. Im Hörsaal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule hielt am Dienstag Abend der Vorsitzende der deutsch-griechischen Gesellschaft, Universitätsprofessor Dr. Ziebarth-Hamburg, einen Vortrag, der sich in der Hauptsache mit den wirtschaftlichen Fortschritten der Südoströmer und besonders Griechenlands befaßte. Europa bekam durch den Weltkrieg ein neues Antlitz. Neue kulturelle und politische Grundzüge kamen jetzt hemmungslos zur Geltung. Die Zentren der Industrie verlagerten sich oder schoben sich wenigstens in ihrer unumstrittenen Vormachtstellung gefährdet. Die Völker mußten umlernen, aber der Lehrmeister Krieg brachte neben entsetzlichem Unheil auch etwas Segen. Wir Bestwöhler steden noch zu sehr im Fluß der Ereignisse, als daß wir auch aus dem harten Krieg ein Plus herauslesen könnten. Die Südoströmer Europas aber sind durch den Krieg mächtig gefördert worden. Es ist staunenswert, was die Industrie Griechenlands zu leisten vermag. An erster Stelle steht die Lebensmittel-Industrie, der 20 Aktien-Gesellschaften angehört. Neben leistungsfähigen Konserverfabriken ist besonders der Korinthenbau zu nennen. Korinthen bedeuten für Griechenland daselbe was etwa Kohlen und Eisen für Belgien oder England bedeuten. Dies kommt bei Mäcker und vermindertem Export der Korinthen in der griechischen Valuta zum Ausdruck. Die Absatzgebiete sind be-

Der Wiener Metallarbeiterstreik ist beendet. In der am Mittwoch abgehaltenen Konferenz der Betriebsräte und Obmänner wurde nach langer Debatte der Antrag des Streikkomitees, den Vereinbarungen der beiderseitigen Parteien die Genehmigung zu erteilen, angenommen.

Der italienisch-ägyptische Grenzstreik. Trotz des halbamtlichen römischen Dementis erklärt die ägyptische Presse, daß die Lage an der tripolitischen Grenze in Verbindung mit dem Grenzstreik mit Italien sich derart entwickelt, daß Grund zur Besorgnis besteht.

Badischer Teil

Gebäudesondersteuer

P.A. Durch das Gesetz vom 2. Juli 1924 ist bestimmt, daß die Gebäudesondersteuer auf Antrag u. a. zu ermäßigen ist, wenn bei Gebäuden, die am 1. Juli 1914 entweder unbelastet waren oder deren dingliche privatrechtliche Belastung nicht mehr als 20 v. H. des Gesamtwerts betrug, die Gebäudesondersteuer mehr als 1,2 v. H. des Steuerwerts ausmacht. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß durch diese Bestimmung lediglich dem § 28 Absatz 5 der dritten Steuerordnung vom 14. Februar d. J. Rechnung getragen wurde. Dort wurde gesagt, daß in den oben erwähnten Fällen die Steuer soweit herabzusetzen ist, daß der Steuerbetrag nicht mehr als 20 v. H. der Friedensmiete ausmacht. Da nun in Baden 1 v. H. der Friedensmiete rund 0,06 v. H. des Gebäudesondersteuerwertes entspricht, so betragen 20 v. H. der Friedensmiete 1,2 v. H. des Gebäudesondersteuerwertes. Nach § 7 des badischen Gesetzes beträgt der Steuerfuß zur Zeit aber jährlich 96 Pfennig von 100 M. Steuerwert, also nur 0,96 v. H. des Steuerwertes. Eine Ermäßigung kann daher zurzeit noch nicht in Frage kommen, und zwar solange nicht, als der Steuerfuß nicht mehr als 1,2 v. H. des Steuerwertes beträgt.

Weinberstellung aus ausländischen Trauben

P.A. Bei dem großen Angebot von ausländischen Weintrauben stellen viel Privatpersonen hieraus einen Hausstrunk her. Den wenigsten von ihnen dürfte bekannt sein, daß zum Bezug von Keltertrauben ein beim Zollamt erhältlicher Bezugsschein erforderlich ist und daß die hergestellten Weinmengen zur Besteuerung angemeldet werden müssen. Nur der aus selbstgeernteten Trauben hergestellte Hausstrunk ist steuerfrei. Dagegen erstreckt sich die Steuerbefreiung bei dem aus Obst und Beeren bereiteten Hausstrunk, auf die gesamte selbst- oder auf eigene Rechnung gekelterte Weinmenge, und das verwendete Obst usw. braucht also nicht selbstgeerntet zu sein. Wer sich vor Strafe bewahren will, muß sich um die steuerlichen Vorschriften kümmern. Letzteres gilt besonders auch für jene, die sich mit dem Handel mit Weintrauben und Traubenweine befassen. Für Wirte und sonstige Weinkleinveräußerer ist noch wissenswert, daß der aus eingeführten ausländischen Weintrauben hergestellte Wein steuerlich als Inlandswein zu betrachten ist. Der aus ausländischem Obst im Inland bereitete Obstwein gilt dagegen als Inlandswein.

Kreditbeschaffung in Amerika

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben: In steigendem Maße suchen deutsche Firmen nach Mitteln und Wegen zur Beschaffung von Krediten in Nordamerika. In den meisten Fällen handelt es sich dabei nicht um gewöhnliche Handelskredite, sondern man wünscht Betriebskapital und bietet als Sicherheit Hypotheken auf industriellen oder landlichen Grundbesitz, unverschuldeten Gebäude usw. an. Nach Lage der finanzwirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich derartige Geschäfte in den Vereinigten Staaten nicht machen. Die Kom-

sonders Ausland, Frankreich, Amerika und Deutschland. Verwendung findet die Frucht zu Wein, Spirituosen, Arzneyen, Parfümen, Öl. Bei ganz reichen Ernten werden die Früchte auch als Futter- und Heizmaterial verwendet. Während der Korinthenbau mehr dem Export dient, befriedigt die chemische Industrie besonders die Bedürfnisse des eigenen Landes, das vor dem Kriege in dieser Hinsicht fast restlos auf das Ausland angewiesen war. Der Krieg brachte Griechenland chem. Industrie auf eine beachtenswerte Höhe, wie ein Gang durch die aufs modernste eingerichtete Fabrik des Dr. Kanelopoulos-Athen an Hand von Lichtbildern bewies. Auch die Textil-Industrie und Gerberei machten große Fortschritte. Nur in der Scherindustrie sind noch große Lücken vorhanden. Da Kohlen und Eisen fehlen, sieht man keine Hochöfen. Die Lokomotiven sind mit einer einzigen Ausnahme importiert. Ansätze zur Selbständigkeit sind in der Automobilindustrie zu finden. Entsprechend diesen aufblühenden Industrien ist auch der Handel Griechenlands in die Höhe gegangen. Die durch die Kriegsverluste stark reduzierte Handelsflotte hat schon wieder die Friedensnorm erreicht und wird auf großen Verften immer mehr nach den wachsenden Bedürfnissen des Außenhandels vergrößert. So tritt uns überall im ganzen Lande eine aufblühende Wirtschaft entgegen. Im Südosten tritt an Stelle des Handelsmannes der Industrielle, der dem Westen seine Methode abgesehen hat und jetzt nach Selbständigkeit ringt, die man mit Hilfe des Auslandes, besonders auch Deutschland, langsam zu erringen sucht.

Landesheuer. Grillparzers fünfaktiges Lustspiel „Weh dem, der lügt“ geht am Samstag, den 20. September, in der von Felix Baumbach vorbereiteten Neueninszenierung und in vollständiger Neubesetzung der Hauptrollen zum erstenmal in Szene. Von den neuengagierten Mitgliedern des Schauspielensembles sind Mibi Scheinflug als „Edrita“, Arzel Kreuzinger als „Küdenjunge Leon“, Bruno Hüner als „Attalus“ und Siegfried Nürnbergberger als „Salomir“ beschäftigt. Den Bischof „Gregor“ und den „Grasen Ratwald“ spielen zum erstenmal die Herren Ulrich von der Trend-Altici und Fritz Herz — Wegen Erkrankung des Herrn Baumbach wurden die letzten Proben vertretungsweise von Herrn Kienfischer übernommen. Die nach dem Inszenierungsplan entworfenen Bühnenbilder sind von Emil Wurfhard ausgeführt. Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr.

hoher Spottelendbanken machen grundsätzlich keine Auslandsgeleise; im übrigen bietet der amerikanische Markt genügend Gelegenheit zu sicherer und gutverzinslicher Kapitalanlage. Wenn eine deutsche Firma in Nordamerika Geld bekommen kann, so ist dies lediglich aufgrund von Warenlieferungen ins Ausland möglich, wobei nur kurzfristige Kredite von meistens drei oder allerhöchstens sechs Monaten Dauer in Frage kommen. Außerdem dürften dann in den meisten Fällen die Geldgeber darauf bestehen, daß eine deutsche Großbank eine Garantie übernimmt.

Verkehrstragen

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder macht der Badische Verkehrsverband Karlsruhe bemerkenswerte Mitteilungen über eine Reihe bedeutender Verkehrstragen. Auf die Entschiedenheit des Badischen Verkehrsverbandes wegen der Vertretung Badens in der künftigen Reichsbahn-A.G. teilte das Badische Staatsministerium mit, daß sofort nach Bekanntwerden des Sachverständigenurteils entsprechende Schritte bei der Reichsregierung unternommen wurden. Ebenso bedien sich die Wünsche des Badischen Verkehrsverbandes mit den Bestrebungen der Badischen Regierung auf Aufhebung des Sichtverkehrszwangs für Reisen aus dem Ausland nach Deutschland. In Verbindung mit der Annahme des Sachverständigenurteils will der Verkehrsverband erneut eine Erleichterung des Verkehrs mit dem Elsaß zu erreichen. Der für die Reichsbahn verloren gegangene Verkehr Holland-Schweiz-Italien soll mit Wiederaufnahme des direkten Zugverkehrs und direkter Abfertigung bei Anpassung der Tarife an die hiesigen Verhältnisse und Beseitigung aller Behinderungen wieder zurückgewonnen werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hotelindustrie muß durch Wegfall jeglicher Sonderbelastung eine Sicherstellung erfahren. Für ausländische Kraftwagenfahrer in Deutschland wird gleichmäßige Behandlung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit verlangt.

Hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs wird neben der allgemeinen Beschleunigung des Schnellzugverkehrs und der weiteren Ausgestaltung des Fahrplans (Schwarzwaldbahn, Freiburg-München) die Einführung von Fahrpreismäßigungen gewünscht (u. a. für Reisen zu Erholungszwecken, für Gesellschaftsfahrten von mindestens 30 Personen). Es sollen die Sonntagsfahrten bis Montag gelten und Verwaltungsfondsbüro, mit Sonntagsreisen benutzbar, nach dem Schwarzwald und anlässlich von größeren Veranstaltungen nach den Städten geführt werden, der Triebwagenverkehr soll möglichst Förderung erfahren. Nachdem die Eisenbahnfahrpreise unter Hinweis auf das Ausland bis auf 50 Prozent über den Preisstand gebracht wurden, erscheine es billig, auch die vielfältigen im Ausland bestehenden Reiseverabreichungen dem deutschen Reiseverkehr zusammen zu lassen.

Zwecks Förderung des Reiseverkehrs im Spätsommer und Herbst ist ein vierfarbiges Werbeplakat „Herbst im Badenland“ herausgegeben und in weitestem Umfang verbreitet worden. Ein umfangreiches Werbeprogramm ist für den Winter 1924/25 vorgesehen. Für Sommer 1925 ist die Neuvergabe verschiedener Werbeprospekte in deutscher, englischer und französischer Sprache sowie des bewährten Hotelführers für Baden geplant. Die Auslandsklame soll hauptsächlich mit Unterstützung der über 300 Vertretungen des Mitteleuropäischen Reisebüros und mit Hilfe der amtlichen deutschen Vertretungen im Ausland durchgeführt werden.

Ein Zentrumsmann über das „Reichsbanner“

In der „Freiburger Tagespost“ dem Vorkämpfer des badischen Zentrumsmanns Dr. Schöper unternimmt ein Dr. G. eine Rechtfertigung und Verteidigung des „Reichsbanners Schwarzwald-Gebirg“, der bekannten Vereinigung der republikanischen Frontsoldaten, gegen die Angriffe seitens der deutschnationalen „Südd. Ztg.“ Dr. G. schreibt u. a.:

„Die „Südd. Ztg.“ sucht in zwei langen Spalten nachzuweisen, daß es sich lediglich um eine sozialistische Einrichtung handle, mit ausgesprochen sozialistischen, pazifistischen und ententefreundlichen Zielen. Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische, die demokratische und die Zentrumspartei dem „Reichsbanner“ sympathisch gegenüberstehen; auch soll nicht geleugnet werden, daß die Triebfeder zur Gründung der Organisation im sozialdemokratischen und demokratischen Lager zu suchen ist, während die Zentrumspartei als verfassungstreue, nicht ausgesprochene republikanische Partei, ihren Mitgliedern den Anschluß an das „Reichsbanner“ freigestellt hat. Die Zentrumspartei ist auch im Vorstand vertreten, um ihre weltanschauungsmäßige Einstellung bei der praktischen Leitung der Organisation zur Geltung bringen zu können. Es ist also grundlich falsch, von dem Reichsbanner als einer „Novembermiliz“ zu sprechen, denn nicht die Revolution, sondern der verfassungsmäßige Entwicklungsgang ist die Aufgabe, die sich das Reichsbanner gegen rechts- und linksrevolutionäre Bestrebungen gestellt hat.

Eine schwere Beschimpfung ist es, wenn dem „Reichsbanner“ die „fanatische Bekämpfung jeder nationalen Regierung im deutschen Volk“ zum Vorwurf gemacht wird. Das heißt: den vaterländischen Geist, von dem die Republikaner im tiefsten Herzen und im hohen Bewußtsein der Verantwortung durchdrungen sind, in den Kot treten, und kennzeichnen so recht die Selbstüberhebung mit der die Deutschnationalen und Völkischen den Patriotismus gepachtet zu haben glauben. Nein: Sorge und Liebe für das Vaterland sind es, die die Republikaner aller Parteihattierungen zur Organisation des „Reichsbanners“ getrieben haben. Und gerade die Kriegsteilnehmer, die Gut und Blut dem Vaterlande, nicht dem monarchistischen Gedanken, geopfert haben, sollen in dem „Reichsbanner“ gesammelt werden. Es bedeutet eine ungläubliche Unberücksichtigung und Taktlosigkeit, wenn die „Süddeutsche Zeitung“ mit „genauen Kennern der Verhältnisse im Reichsbanner“ zu behaupten mag, die Organisation sei durchsetzt mit solchen Frontsoldaten, denen 1918 die Revolution alldings die Anlage wegen Fahnenflucht vom Halbe schafft. Was Wunder, wenn man dieser „Lumpengesellschaft“ zum weiteren Vorwurf macht, sie bilde ein freiwilligenheer der Entente in Deutschland“, sie sei „das Polizeiorgan der interalliierten Militärkontrolle“. Man regt sich darüber auf, daß das „Reichsbanner“ militärisch organisiert sei.

Und wenn es so wäre, wer hätte denn eigentlich den Anlaß dazu gegeben? Doch die Katenkreuzer und Hiltenerverbände, die in der Öffentlichkeit den Sturz unserer verfassungsmäßigen Zustände militärisch mit Stahlhelm und Waffen vorbereiten wollten und immer noch vorbereiten! Ist es nicht ein Hohn, wenn man in der „Süddeutschen Zeitung“ verächtlich liest: „Wie herzlich ist es, sich mit Windjade, Sturmzüge und republikanischen Abzeichen festlich militärisch herauszugeben zu können.“ — wenn man andererseits zum Überdruß weiß, welcher Hofspottus mit dem Katenkreuzer und sonstigen äußerlichen Dingen und nicht zuletzt bei der selben Zeitung getrieben wird! Wenn zwei daselbe tun, ist es immer noch nicht das gleiche; es ist ein ander Ding, mit dem revolutionären Schwertfemern oder dem Katenkreuzer spazieren zu gehen, als die Verfassungsfarben deutscher Freiheit, Schwarz-Rot-Gold, in der Öffentlichkeit zu zeigen.“

Aus der badischen Landeskirche

Da die evangelische Kirchensteuer immer noch nicht in genügendem Maße eingeht, mußten die Gehälter der Geistlichen auch für den September wieder um ein Fünftel gekürzt werden. Nun wird schon seit Juni ein verzügter Gehalt ausbezahlt.

Aus der Erzdiözese

Am Sonntag den 28. September, am Feste der heiligen Lioba, findet in der Erzdiözese Freiburg i. B. ein allgemeiner katholischer Frauentag statt. Das geplante Frauenopfer zur Unterstützung armer Wöchnerinnen und linderreicher Familien zur Förderung der Säuglinge und Kleinkinderfürsorge, sowie zur Unterstützung des Instituts der Schwestern von der heiligen Lioba wird aus diesem Anlaß dem Wohlwollen und der Willkürigkeit der Gläubigen empfohlen.

Tagungen

In Anwesenheit von etwa 400 Teilnehmern aus ganz Baden fand in Pforzheim eine Landesversammlung des Einheitsbundes vom Welken Kreuz statt.

Die Mitglieder des Internationalen Transport-Verkehrsverbandes haben sich in Baden-Baden zusammengefunden, um hier gemeinsam zu tagen und zugleich das Fest des 50jährigen Bestehens des Verbandes zu feiern. Die Vereinigung zählt heute 319 Mitglieder aus 21 europäischen Ländern. Gegenüber dem letzten Friedensjahr ist eine Zunahme von 105 Mitgliedern und 9 Ländern zu verzeichnen.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuß Karlsruhe

hat am gestrigen Mittwoch mit großer Mehrheit dem Vertrag mit Musikdirektor Franz Philipp aus Freiburg zugestimmt. Philipp wurde bekanntlich an Stelle des nach Augsburg gehenden Prof. Dr. Kaspar Schmid mit der Leitung des Badischen Konservatoriums für Musik in Karlsruhe betraut. Alles wird dem Künstler von Auf das Vertrauen entgegengebracht, daß es ihm trotz mancher Schwierigkeiten gelingen wird, die Wünsche in bezug auf den Ausbau und die Weiterführung der Anstalt zu erfüllen.

Einmündige Annahme fand sodann nach einer längeren Theaterdebatte der Vertrag zwischen Staat und Stadt Karlsruhe über den Betrieb des Landestheaters, dessen wichtigste Punkte wir bereits mitgeteilt haben. Jeder Teil kann einseitig den Vertrag kündigen. Das zurzeit 250 000 Mark betragende Defizit wird häufig von den Kontrahenten getragen. Allgemein trat die Auffassung zutage, daß Staat und Stadt zur Erhaltung des Landestheaters als Kulturstätte verpflichtet seien. Allerdings müsse versucht werden, den Fehlbetrag auf ein erträgliches Maß zu verringern. Es wurden eine Reihe von Wünschen geäußert zur Hebung des künstlerischen Niveaus des Landestheaters und zur Steigerung der Besuchsziffer.

Der Oberbürgermeister behauptete, daß es nicht gelungen sei, eine längere Kündigungsfrist in den Vertrag zu bringen. Er werde nochmals in der Sache vorstellig werden, da unter Umständen auch schwere soziale Härten gegenüber dem Personal eintreten können. Was die Klausel betreffe, wonach die Vertragschließenden sich verpflichten, in einzelnen der Veranstaltungen des Landestheaters abträgliche Unternehmungen zu fördern, so halte er ein Uebermaß von Veranstaltungen in der Stadt für nicht wünschenswert.

Des weitern wurde eine Vorlage angenommen, wonach im Straßenbahnbetrieb der Admittinienverkehr eingeführt wird. Daher muß eine Erhöhung des Preises der Fahrkarteinhalte bis zwei Teilstrecken von 1 Mk. auf 1,20 Mk. eintreten, da 65 Fahrdienstleistungen mehr eingeführt werden müssen. Das Zentrum beantragte, den Preis der Zweitstreckenhäfte von 1 Mk. auf 1,10 Mk. und den der Fünftstreckenhäfte von 1,40 Mk. auf 1,50 Mk. festzusetzen, so daß auch die größeren Strecken mitbelegt werden. Gegen den Zentrumsantrag wurde vorgeschlagen, daß man das Siedlungsweesen und gesunde Wohnen an der Peripherie unterstützen müsse. Die Volkspartei beantragte, die kleinen Häfte zu 1 Mk. zu belassen, aber zwei Scheine weniger zu geben. Die Anträge fanden keine Mehrheit.

Bürgermeisterwahlen. Bei der am 16. September 1924 stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Wallstadt wurde der seitherige Rathschreiber Herr Fritz Köhler einstimmig zum Oberhaupt gewählt. Köhler hat sich während seiner häßlichen Tätigkeit als Rathschreiber in der Gemeinde das volle Vertrauen erworben. Bei der Bürgermeisterwahl in Nordbrach wurde der Hofbauer Spitzmüller gewählt.

Bürgermeister Hämmerle in Bruchsal feierte gestern sein 25jähriges Dienstjubiläum.

Der Stadtrat in Baden-Baden hat ein Gesuch der Ortsgruppe der Landeszentrale des badischen Einzelhandels um Ermäßigung der Getränkesteuer abgelehnt, da der durch eine Ermäßigung herbeigeführte Einnahmehausfall durch eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ausgeglichen werden müßte.

Konflikt im Gemeinderat von Bodesweier (Amt Rehl). Im Gemeinderat von Bodesweier ist eine Spaltung entstanden. Ein Teil der Gemeinderäte weigert sich, den Sitzungen anzuhören, solange nicht die verlangte Bürgerausschussung anerkannt ist, die über den Voranschlag 1924/25 und die Beamtengehälter beschließen soll. Im Gemeinderat hat nämlich nur der Voranschlag Annahme gefunden, die vorgeschlagene Regelung der Beamtengehälter dagegen wurde abgelehnt.

Fremdenverkehr in Seibelberg. Diesen Sommer sind in Seibelbergen Gastschöten rund 2 000 Personen übernachtet. Damit ist die Vorkriegszahl allerdings bei Weitem noch nicht erreicht.

Unterstützung der Bauartigkeit in Pforzheim. Die Stadtverwaltung in Pforzheim hat bis jetzt durch Hingabe von 300 000 Mark für Hypothekendarlehen gesicherte Baudarlehen und durch Verwendung von 130 000 Mark Landesdarlehen die Errichtung von etwa 90 Wohnungen ermöglicht. Durch weitere Hingabe von 200 000 Mark aus Aufwertungsgeldern und etwa 400 000 Mark aus dem Ertrag der Gebäudedarlehenssteuer für 1924 soll in der Zeit bis zum 1. April 1925 der Bau von weiteren etwa 75 Wohnungen unterstützt werden, sobald im Wirtschaftsjahr 1924 von der Stadt etwa 1 030 000 Mark zur Beschaffung von etwa 170 Wohnungen aufgebracht worden sind.

Die badischen Gemeindefachleute hielten in Pforzheim ihre erste größere Tagung ab. Es wurde eine bessere Einschätzung der Techniker Arbeit gefordert und über die Zurücksetzung des Technikers bei den Behörden und in den freien Berufen beklagt. Im Reichsbund der Kommunalbeamten Deutschlands sind heute 20 000 Techniker und Werkbeamte zusammengefaßt. In Baden zählt man 1500 Gemeindefachleute.

Aus der Landeshauptstadt

Alemannisch-pfälzisch-fränkischer Sonntag

Einen Höhepunkt der Karlsruher Herbstwoche wird der kommende Sonntag bringen, an dem ein Badischer Heimtag in größtem Rahmen in unserer Landeshauptstadt gefeiert wird. Es ist nur zu wünschen, daß die ungewöhnlich umfangreichen und mühseligen Vorbereitungen durch günstige Witterung ihren Lohn finden. In einer gestern abend abgehaltenen Zusammenkunft der Mitarbeiter an den Vorbereitungen dieser Veranstaltungen gab nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Verkehrsvereins, Stadtrat Steinfle, Verkehrsdirektor Lacher einen Überblick über die bisherigen Vorarbeiten.

Danaach wird der kommende Sonntag ein „Heimtag“ im weitesten Sinne werden, da nach den bisherigen Zusagen allein schon mit einem Zutrom von mindestens 40 000 auswärtigen Teilnehmern zu rechnen sein wird, und sich Alemannen, Franken, Pfälzer u. Saarländer in der bad. Landeshauptstadt zu gemeinsamer Veranstaltung zusammenfinden werden: Heimatabend in der Festhalle am Samstag abend, Festzug am Sonntag früh. Die Stadt selbst wird reichen Schmuck zu Ehren der Gäste tragen, für deren Herbeiführung acht Sonderzüge vorgesehen sind, darunter je einer vom Odenwald, Mannheimer, Donaueschingen (Schwarzwald), Freiburg und zwei aus der Pfalz bzw. dem Saargebiet, Pirmasens und Zweibrücken, die beiden letzten mit mindestens je 1000 Teilnehmern. Da aus einer ganzen Reihe von Bezirken die Gäste in ihrer schmutigen heimischen Tracht erscheinen werden, wird der „Heimtag“ gleichzeitig ein Trachtenfest darstellen, das die Trachten des ganzen Landes, sowie der benachbarten Pfalz und des Saarlandes zeigt.

Über die Einzelarbeit, die bisher geleistet worden ist, seien folgende Zahlen genannt: Als Vorreklame wurden drei Prospekte in einer Auflage von 150 000 Stück verandt. Ein ganz großer Prospekt wurde hergestellt mit drei Aufrufen und zwar an die Alemannen, Franken, die Pfälzer und an unsere Brüder und Schwestern im Saargebiet. Ein ausgezeichnetes Werbemittel bildet die Festschrift, die jeder auswärtige Gast in Karlsruhe umsonst erhalten wird. Dann ist eine große Anzahl kleinerer Prospekte hinausgegangen und am Mittwoch ein weiterer, in einer Auflage von 120 000 Stück. Daneben wurde eine sehr reiche schriftliche Propaganda getrieben; ungefähr 90 Zeitungen in Baden, in der Pfalz und im Saargebiet wurden regelmäßig mit Anzeigen bedient, von den 4000 Programmblättern sind bis jetzt über 2000 betriebe, in ganz Deutschland wurden etwa 700 Zeitungen mit Material und Einladungen versehen.

Es ist selbstverständlich, daß den Gästen ein herzlicher Willkommengruß geboten werden wird. Der Bahnhofspiaz, die Karl-Friedrichstraße, die städtischen Gebäude werden besaggt. Am Bahnhof werden zwei mächtige Obelisken mit Blumenbasen errichtet. In der Kaiserstraße und an anderen Plätzen werden verschiedene Flaggenmasten aufgestellt. Besonders reich wird das Rathaus geschmückt. In diesem Zusammenhang wird an die Karlsruher Einwohnergesellschaft das Eruchen gerichtet, ihre Häuser zu besorgen und zu schmücken. In der Quartierfrage hat der Festausschuß leider nur einen geringen Erfolg zu verzeichnen. Man ist ja bemüht, einen Teil der Gäste in Sammelquartieren unterzubringen. Der Straßenbahnverkehr wird, soweit es die Kräfte erlauben, verstärkt und verdichtet werden. Die Läden werden am Sonntag offen gehalten werden. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Einzelhandels hat eine Schaufensterdekoration angeregt, um die Kaufkraft zu heben.

Der Festzug zählt diesmal 127 Gruppen, hat eine Länge von 5 Kilometern und wird zwei Stunden dauern. Er wird in vier Hauptgruppen eingeteilt: Alemannen, Franken, Saarländer und Pfälzer. Eine Gruppe von Weinheim fährt dort bereits am Freitag abend mit ihren mit Pferden bespannten Wagen ab, um am Samstag hier sein zu können. Im ganzen bilden die Alemannen 54 Gruppen, die Franken 13, die Saarländer drei und die Pfälzer ebenfalls über 50. Das Frankentland entsendet einige hundert Trachten. Groß ist die Zahl der Trachten, die aus dem Schwarzwald kommen; St. Georgen allein bringt ihrer 150. Aus der Saar werden etwa 100 eintreffen, dazu kommen rund 200 Gutacher, Wolfacher und Kinzigaler. Ein besonders lebhaftes Gepräge wird der Festzug durch die vielen Trachtenfahnen erhalten. So wird die Gannauer Trachtenfahne wieder kommen, dazu das Peterstaler Musikkorps in einer Stärke von 75 Mann und etwa 70 Mann von den verschiedenen Garmersbach. Besonders Aufmerksamkeit dürften die Garmersbacher erregen, die mit ihren Schlingentänzen ausgerüstet sind. Zu den Genannten gesellen sich Trachten von Überlingen, Konstanz, vom Odenwald und von Kleinlaurenburg (die Fischergunft mit ihrer kleidsamen Tracht), Gannauerland und Nied werden auch diesmal wieder sehr zahlreich vertreten sein und zwar durch Hohenheim, Altsheim und Schutterwald und werden Hochzeitszüge vorführen.

Auf dem Begrüßungsabend am Samstag wird auch der Sängerbund St. Johann-Saarbrücken teilnehmen, der aus diesem Grund eine Reise abgelegt hat, um hierher kommen zu können. Ansprachen werden halten: Rudolf Wintermantel für die Alemannen (in Tracht), Landtagsabgeordneter Sad für die Franken, Staatsoberstar Dr. Pfeiffer aus Speyer für die Pfälzer und Eugen Bauer aus Neunkirchen für die Saarländer.

Im Laufe des Abends machte Ingenieur Niederer vom Pfälzer Ballverein noch weitere Mitteilungen über den Festzug. Dr. Behm dankte in herzlichen anerkennenden Worten Verkehrsdirektor Lacher für seine große geleistete Arbeit, der seinerseits wiederum Anlaß nahm, der Presse für ihre Unterstützung den Dank der Beteiligten auszusprechen. Der Abend brachte noch köstlich launige Regitzationen des Pfälzer Dialektdichters und früheren hiesigen Hofkapitlers August Rich, gen. Bellemmer Heiner.

Der Besuch der Kola-Ausstellung. Die in der letzten Woche stattgefundenere Kola-(Lebensmittel-)Ausstellung wurde von annähernd 40 000 Personen besucht.

Kolosseum. Das Herbstwochen-Attraktions-Programm vom 16.-30. September darf in jeder Hinsicht als recht auf angesprochen werden. William Baumgärtner eröffnet es mit seinen Kombinationen auf Rollyschuhen und dem Fahrrad. Es folgt die Stimmungsstängerin Missi Gän v. Wilde. Die 2 Janus sind Meisterturner am zusammengefügten Doppelred-Varren. Ganz vorzügliche Equilibristen sind die 6 Drellys. Sehr amüsan sind auch die Tanzschöpfungen Stenglewski und Nebelki, die jeweils in anderem Kostüm erscheinen. Der Meisterjongleur S. Gutwald und Assistentin arbeiten schön und sicher mit ihren Geräten. Hans Brühl, der bayerische Bauernkomiker, bringt einige gute Kuppeln zum Vortrag. Der Fahrradlauf und seine Folgen von R. und H. Brownning ist eine originelle Nummer, bei welcher man die Geschicklichkeit der beiden Künstler auf den verschiedensten Fahrrändern bewundern muß. Eine hübsche Dekoration vervollständigt das Gebotene. Die Rausen werden durch die Hauskapelle unter Schottes Leitung aufs beste ausgefüllt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Obstbäume, 18. Sept. Für die Versteigerung von Obstbäumen waren die 775 zu vergebenden Bäume zu 203 Losen zusammengefasst, die insgesamt etwa 800 Zentner Ertragsnis lieferten. Der Anschlag der gesamten Ernte (2293 Mark) wurde um mehr als 50 Prozent überboten. Der Erlös beträgt 3693 Mark, was einem Durchschnittspreis von 4,60 für den Zentner entspricht.

W.D. Kehl, 18. Sept. Auf Veranlassung der Münchener Polizei verhaftete die hiesige Gendarmerie einen gewissen Emil Gartenbach aus Eisenberg (Oberamt Nagold) und einen gewissen Josef Kapf von Degenweiler (Oberamt Lettman), wohnhaft in München, wegen Scheckbetrugs. Beide erschwindelten in Zürich goldene Damenuhren und Brillanten im Gesamtwerte von 40 000 Schweizer Franken. Die Gegenstände wurden bei ihnen noch vorgefunden. Sie hatten sich hier seit einigen Tagen aufgehalten.

Sasbach, 12. Sept. Wie herkömmlich findet auch dieses Jahr wieder am letzten Mittwoch des September, also am 24. September mittags 1/4 Uhr im Gasthaus zum Engel Sasbach die Generalversammlung des Vereins Altassbacher Schüler statt. U. a. soll die Stiftung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Direktor Dr. Schindler Gegenstand der Besprechungen sein.

Prinz v. Baden, 18. Sept. Die Tochter des Prinzen Max v. Baden wurde hier gestern mit dem Prinzen Wolfgang von Hessen, dessen Mutter eine Schwester Kaiser Wilhelms II. ist, vermählt. Die standesamtliche Trauung erfolgte kurz vor 12 Uhr und anschließend daran die kirchliche Feier. Eine Anzahl Fürstlichkeiten aus verschiedenen Ländern waren aus diesem Anlass in Salem anwesend.

Neersburg, 17. Sept. In Neersburg soll in der letzten Septemberwoche eine Konferenz der deutschen Reichsbahn-Direktionen abgehalten werden.

Friedrichshafen, 18. Sept. J. N. 8 wird voraussichtlich in dieser Woche nicht mehr aufsteigen. Die große Fernfahrt nach Norddeutschland dürfte anfangs nächster Woche erfolgen.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	18. Sept.		17. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	161.40	162.20	161.30	162.10
London 100 £.	71.13	71.53	71.12	71.48
Paris 100 F.	18.40	18.50	18.35	18.45
Brüssel 100 B.	18.75	18.85	18.73	18.82
Neuwied 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Wien 100 S.	22.40	22.52	22.40	22.52
Schwiz 100 Fr.	79.20	79.60	79.08	79.48
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag 100 Kr.	12.57	12.63	12.57	12.63

Notierung liberal 100 Prozent

Gemäßigung der Exporttarife. Entsprechend der Der- abhebung der derzeitigen Frachten und Gütertarife um 10 Prozent ab 18. September, werden die Gepäc- und Ex- porttarife mit Wirkung vom 1. Oktober ebenfalls um 10 Prozent ermäßigt. Die Mindestfrachten bleiben un- verändert.

Der Großhandelsindex. Die für den Stichtag (16. 9.) be- rechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes hat gegenüber dem Stande vom 9. 9. mit 124.7, im Wes- entlichen unter dem Einfluss der weiter gestiegenen Getreide- preise um 3.1 Proz. auf 128.6 angezogen. Von den Haupt- gruppen erhöht sich die Lebensmittel von 117.1 auf das 123.3 Mill.-fache oder um 5.3 Proz., die Gruppe Getreide 138.9 auf 158.4 oder um 0.4 Proz. zurück. Die Gruppe und Kartoffeln um 7.4 Proz., die Industriefabrikate fielen von 138.9 auf 138.4 oder um 0.4 Proz. zurück. Die Gruppe Rohlen und Eisen blieb mit 130.4 unverändert. Zulandwaren zogen von 118.2 auf 123, oder um 4.1 Proz. an, während die Einfuhrwaren von 157.4 auf 156.5 oder um 0.16 Proz. nachgab.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag. Der Verein der Han- dler Exporteure hat eine Entschließung angenommen, in der er mit aller Bestimmtheit die Erwartung ausdrückt, daß der Reichstag in Würdigung des allgemeinen Interesses Deutsch- lands an einer zielbewußten Förderung seiner Ausfuhr die baldige Ratifizierung des deutsch-spanischen Handelsvertrages trotz des Einspruchs der Wingervereinigungen beschließen werde.

Verbilligung der Rentenbankkredite. Wie die Berliner Blätter melden, hat die Rentenbank beschlossen, zur Entlastung der notleidenden Landwirtschaft ihre langfristigen Kredite durch Herabsetzung des Zinsfußes auf den Reichsbankdiskont (10 Prozent) zu verbilligen. Die Verbilligungssaktion der Reichs- regierung soll auf diese Weise unterstützt werden.

Die englische Handelskammer gegen den Vertrag mit Rus- land. Der „Times“ zufolge haben die Handelskammer in ganz England mit wenigen Ausnahmen den englisch-russischen Vertrag abgelehnt.

Karlsruher Börse, 17. Sep. 1924. Absteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Der Markt bleibt fest. Die Forde- rungen steigen langsam weiter an. Weizen neue Ernte, handels- üblich 24.50—25, Roggen neue Ernte, gesund, handels- üblich 21.50—22, Gerste (Sommergerste) gesund, handels- üblich 25—27, Hafer neue Ernte 20.50—21, Mais mit Saft 20.75—21.25, Weizenmehl Mühlenerforderung 36.75—37.25, Weizenmehl zweifach 36.25—36.50, Roggenmehl Mühlener- forderung 31.75—32.25, Roggenmehl zweifach 31.75—32.25, Weizen- und Roggenfuttermehl 16—16.25, Weizen- und Roggenkleie 13—13.50, Spezialfabrikate entsprechend teu- rer. Vierecker 16.50—17, Malzkeime 15—15.50 G.M. Mau- futtermittel. Lofes Wiefenheu, gut, gesund, trocken 8—8.50, Luzerne 9.50—10, Weizen-Voggenstroh, drahtgepreßt 4.50 bis 5 G.M., alles per 100 Kilo, Mehl, Mühlenerfabrikate und Mais mit, Getreide ohne Saft, Frachtparität Karlsruhe. Absteilung: Weine und Spirituosen. Bei mäßigem Besuch war die Stim- mung lustlos. Die Weinpreise konnten sich behaupten. Die

Tendenz für Spirituosen war abwärtsend, weil der Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet amtlich noch nicht geregelt ist. Absteilung Kolonialwaren. Kaffee und Tee im Preise unverändert fest. Kakaopulver 1.50, ausländi- sches Kakaopulver 1.40—2.20, Mangonreis 0.44, Graupen 0.48, gelbe gepaltene Erbsen 0.36, weisse ungar. Perlbohnen 0.50, Binsen mittel 0.85, americ. Schweinefett 1.80, Salatöl 1.20, Kristallzucker 0.82 G.M., alles per Kilo.

Geschäftsaufsichten und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim. Die Handelskammer für den Kreis Mannheim teilt uns in Ergänzung ihrer bisherigen Veröffentlichungen der Liste der unter Geschäftsaufsicht gestellten bzw. in Kon- kurs geratenen Firmen folgendes mit:

a) **Angeordnete Geschäftsaufsichten:** Lfd. Nr. 30 Gg. Schnei- der, Zigarrenfabrik, Hohenheim. (Beschl. des Amtsgerichts Schwetzingen vom 10. 9.). Lfd. Nr. 31 Max Berlowitz, Kauf- mann in Mannheim, F. 3. 9. (Beschl. vom 12. 9.).

b) **Aufgehobene Geschäftsaufsichten:** Lfd. Nr. 5 K. Schwind u. Bismarier, Elektrotechn. Unternehmungen in Mannheim, F. 7. 24. (Beschl. vom 4. September gem. § 66 Abs. 3 Ziff. 3.). Inzwischen Konkurs f. unten. Lfd. Nr. 10 Gott- schall Frohmann, Getreidegroßhandlung, Mannheim, D. 5. 4. (Beschl. vom 22. 8. 24); auf Antrag der Schuldner gemäß § 66 Abs. 1 der Gesch.-Aufs.-Verordnung.

c) **Konkurse:** Lfd. Nr. 5 K. Schwind u. Bismarier, Elektro- technische Unternehmungen in Mannheim, F. 7. 24. (Beschl. vom 5. 9. 24.).

d) **Abgelehnter Konkurs:** Lfd. Nr. 32 Schwarzkrauber u. Co., G. m. b. H., Mannheim-Friedheim. (Mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Konkursmasse.) Be- schl. vom 28. 8. 24.

Die Konkursverfahrens beginnt am 19. Oktober und dauert bis 26. Oktober.

Verschiedenes

Taufverheerungen in Japan

W.D. Neuyork, 17. Sept. (Funkspruch.) Wie aus Tokio gemeldet wird, hat ein Taifun in vielen Teilen Japans über- schwemmungen hervorgerufen. Etwa 100 Menschen sind ums Leben gekommen. In einem Ort des Distriktes Satama wer- den 800 Personen demüht. 40 000 Häuser sind teilweise un- ter Wasser.

Erdbeben in Armenien

W.D. London, 18. Sept. Nach Blättermeldungen aus Konstantinopel waren in den letzten Tagen im Bezirk von Erzerum Erdstöße verspürt worden, die noch immer andauern. Nach den letzten Meldungen haben 114 Personen ihr Leben eingebüßt. 22 Dörfer sind zerstört worden.

Badisches Landestheater.

Freitag, 19. September. 7—10 Uhr. Sp. I. 7.00.
Abonn. D. 3. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe.
Die neugierigen Frauen.

Lotosblume Der erste Naturfarbenfilm!
5 Akte nach Puccinis Oper Madame Butterfly

Badische Lichtspiele — Konzerthaus
HEUTE! Donnerstag, Freitag und Samstag jeweils 8 Uhr abends u. Samstag 4 Uhr nachm.
Vorverkauf Musikhaus MÜLLER, Kaiserstraße

Langfristige Gemeindefdarlehen
gegen Verpfändung von Waldungen vermittelt
Bankgeschäft Joseph Liebmann, Karlsruhe i. B.
Telephon 75, 938 und 971. D. 591

Hans Kisse!
Blaufelchen Pfund 1.50
Cabliau im Ausschnitt
Frische Hummer, Kaviar
Lachs, Aal, Oelsardinen, Bücklinge
Neue Fischmarinaden
Filatheringe
in Tomaten, Wein, Senf und Mayonnaise
Bismarckhering, Rollmops
Gabelbissen in Dosen
Aal und Hering in Gelee
Appetit-Sild, Bratheringe
Täglich frische
Poularden, Hahnen, Hühner
Gebratenes Geflügel

Hans Kisse!
Telephon 97 und 335 D. 593
Prompter Versand — Verpackung frei

Platz-Vertreter
für Karlsruhe sucht D. 589

Rautabakfabrik J. Henneberg
Nordhausen a. S.

Ziehungsliste der Sphenheimer Lotterie

Los Nr.	Gew. Nr.	Los Nr.	Gew. Nr.	Los Nr.	Gew. Nr.	Los Nr.	Gew. Nr.	Los Nr.	Gew. Nr.
194	86	4599	36	8268	175	11935	237	16163	189
206	115	4623	85	8308	75	12057	211	16242	226
222	89	4679	173	8340	165	12118	87	16351	150
241	6	4698	69	8378	18	12413	229	16303	141
332	72	4863	71	8421	28	12577	2	16377	338
412	205	4943	8	8680	126	12738	231	16397	142
479	9	4995	19	8685	204	12801	97	16520	188
490	13	5022	127	8805	110	12818	219	16649	209
552	70	5104	193	8820	30	12891	24	16687	227
670	81	5206	27	8878	153	12967	167	16767	103
775	38	5215	63	9005	235	13004	216	16772	104
1013	158	5276	97	9044	32	13037	23	16802	192
1072	53	5375	159	9298	217	13148	143	16900	311
1076	21	5537	45	9464	228	13317	163	17037	111
1089	96	5573	88	9510	195	13406	131	17038	92
1129	58	5608	197	9537	101	13431	172	17082	37
1135	132	5616	230	9600	212	13484	240	17128	203
1364	222	5726	15	9627	208	13475	194	17288	105
1382	68	5731	215	9828	113	13502	214	17378	162
1476	206	5792	61	9835	187	13604	178	17525	120
1533	79	5985	168	9855	151	13650	201	17649	100
1705	25	5994	42	9888	54	13695	83	17665	10
1827	52	6097	186	9904	202	13703	29	17691	107
2011	43	6140	171	9905	4	13718	49	17717	118
2025	90	6270	65	10047	60	13795	51	17723	82
2081	149	6307	74	10100	160	13812	106	17724	84
2194	68	6314	44	10240	78	13824	12	17737	147
2200	148	6329	234	10323	40	14100	190	17931	156
2555	169	6355	116	10368	11	14151	125	17978	64
2818	134	6398	199	10392	98	14464	114	18154	166
2956	182	6470	164	10430	109	14605	99	18160	50
3009	39	6480	47	10431	221	14756	200	18263	123
3190	241	6484	34	10501	191	14786	177	18333	161
3470	124	6661	145	10504	137	14966	35	18434	138
3553	196	6701	218	10633	157	15037	104	18459	77
3577	33	6721	223	10752	55	15112	170	18615	154
3685	184	6753	46	10812	210	15170	5	18719	48
3738	136	6777	80	10856	73	15215	121	18806	144
3799	135	6829	133	10951	128	15228	91	19007	198
3857	14	7201	146	11198	122	15285	102	19068	176
3865	17	7557	179	11297	1	15293	189	19074	236
4054	62	7595	129	11272	20	15334	155	19163	224
4198	7	7835	140	11296	26	15411	76	19544	108
4295	183	7923	185	11322	139	15422	117	19593	181
4337	213	7943	112	11338	67	15463	243	19651	94
4402	232	7961	130	11378	225	15568	93	19674	22
4459	220	8147	16	11683	119	15756	239	19721	59
4517	56	8211	233	11743	95	15998	207		
4596	152	8229	41	11904	242	16108	3		

Karlsruher Herbstrennen

Sonntag, den 21. Sept., nachm. 2 1/2 Uhr, auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr Haltestelle der Altbahn
Öffentlicher Totalisator
Restauration — Platzmusik
Eintrittspreise Mk. 2.— und 5.— einschließlich Steuer
Vorverkauf: E. Mozer, Kaiserstraße 140
Am Rennplatz halten folgende Züge der Altbahn: D. 573
Karlsruhe ab: 1²¹, 2²⁹, 2⁴¹. Ettlingen-Holzhof ab: 1²³, 2³⁰, 2⁴²
Nach Beendigung: der nächste fahrplanmäßige Zug in beiden Richtungen

Pferderennen am 21. September 1924 betz.
Gemäß § 306 Ziffer 10 R. Str. G. B., § 108 Ziffer 5 und 121 R. Str. G. B. wird zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem am Sonntag, den 21. September 1924, nachmittags, auf dem Rennplatz bei Klein-Rüppurr statt- findenden Rennen angeordnet:
Der von der früheren Einmündung der Müppurrer Landstraße in die Ettlinger Landstraße (am Jogen- Epochen) über die Wiesen nach dem Müppurrer Ge- meindewald führende Weg, ferner der auf der Ostseite des Rennplatzes am Waldwege in diesen werden sowie die Einmündung der Waldwege in diesen werden von nachmittags 2 Uhr an bis zum Schluß der Rennen gesperrt.
Für Wagen und Kraftfahrzeuge die zum Rennplatz fahren, kann die Ettlingerstraße vom Hauptbahnhof bis zum Rennplatz benützt werden. Wagen und Kraft- fahrzeuge haben sich östlich der Ettlingerstraße zwischen Altbahnübergang und dem Zugang zum Rennplatz nach näherer Weisung der Polizeibeamten aufzustellen und abzufahren. Kutscher dürfen während der Rennen ihr Fuhrwerk nicht verlassen.
Es wird besonders darauf hingewiesen, daß das Betreten der nördlich und südlich des Rennplatzes ge- legenen Wiesen verboten ist.
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Der Umtausch gegen andere Zahlungsmittel erfolgt innerhalb dieser Zeit bei allen Eisenbahntarifen.
Nach dem 15. Oktober eingehende Einlösungsan- träge müssen grundsätzlich abgelehnt werden. Z. 590
Berlin, den 9. Sept. 1924
Der Reichsverkehrsminister
In Vertretung
gez. Kumbier

Ratschreiber und Grundbuchhilfe- beamter

einer mittleren Industrie- stadt, mit der Grundbuch- führung und dem Rech- nungswesen sehr gut ver- traut, ebenso im Verwal- tungsdienst mit nur sehr guten Kenntnissen, in un- geänderter Stellung sucht sich zu verändern.
Geht. Angebote u. D. 597 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bekanntmachung.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit meinem Einverständnis das auf Goldmark und Dollar lautende wertbeständige Reichgeld der Deutschen Reichsbahn mit den Aus- gabelaten vom 23. Oktober

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22